

## Gerichtsverfahren aus Anlaß von Trumps zweiter Amtszeit – Ein Überblick

Laut der US-Nachrichtenseite *Politico* von Dienstag vergangener Woche (04.03.2025) gibt es mittlerweile über 100 Gerichtsverfahren wegen Handlungen und Verordnungen der US-Regierung seit Trumps zweitem Amtsantritt am 20.01.2025 (<https://t1p.de/by1zm>). Während *Politico* die Zahl nur beiläufig erwähnte, aber keine genaueren Angaben zu den einzelnen Verfahren machte, ordnete die – auf Wirtschaftsthemen spezialisierte – Nachrichtenagentur Bloomberg (<https://t1p.de/8gi1o>) die ihr bis zum 14. Februar bekannt gewordenen 74 Verfahren vier Themen zu:

- DEI (*Diversity, Equity and Inclusion*) sowie BürgerInnenrechte (10 Verfahren)
- Elon Musk / DOGE (20 Verfahren)
- Migration (21 Verfahren)
- und
- Sonstiges (23 Verfahren).

Gerichtskreise ... <sup>1</sup>	DEI / <i>civil rights</i>	Musk /DOGE	Migration	Sonstiges
1	3	1	3	4
2	---	2	1	---
3	---	---	---	1
4	2	3	2	2
5	---	---	---	---
6	---	---	---	---
7	---	---	1	---
8	---	---	---	---
9	2	---	6	---
10	---	---	2	---
11	---	---	---	---
D.C.	3	14	6	16
<b>Summe</b>	<b><u>74</u></b>	<b>20</b>	<b>21</b>	<b>23</b>

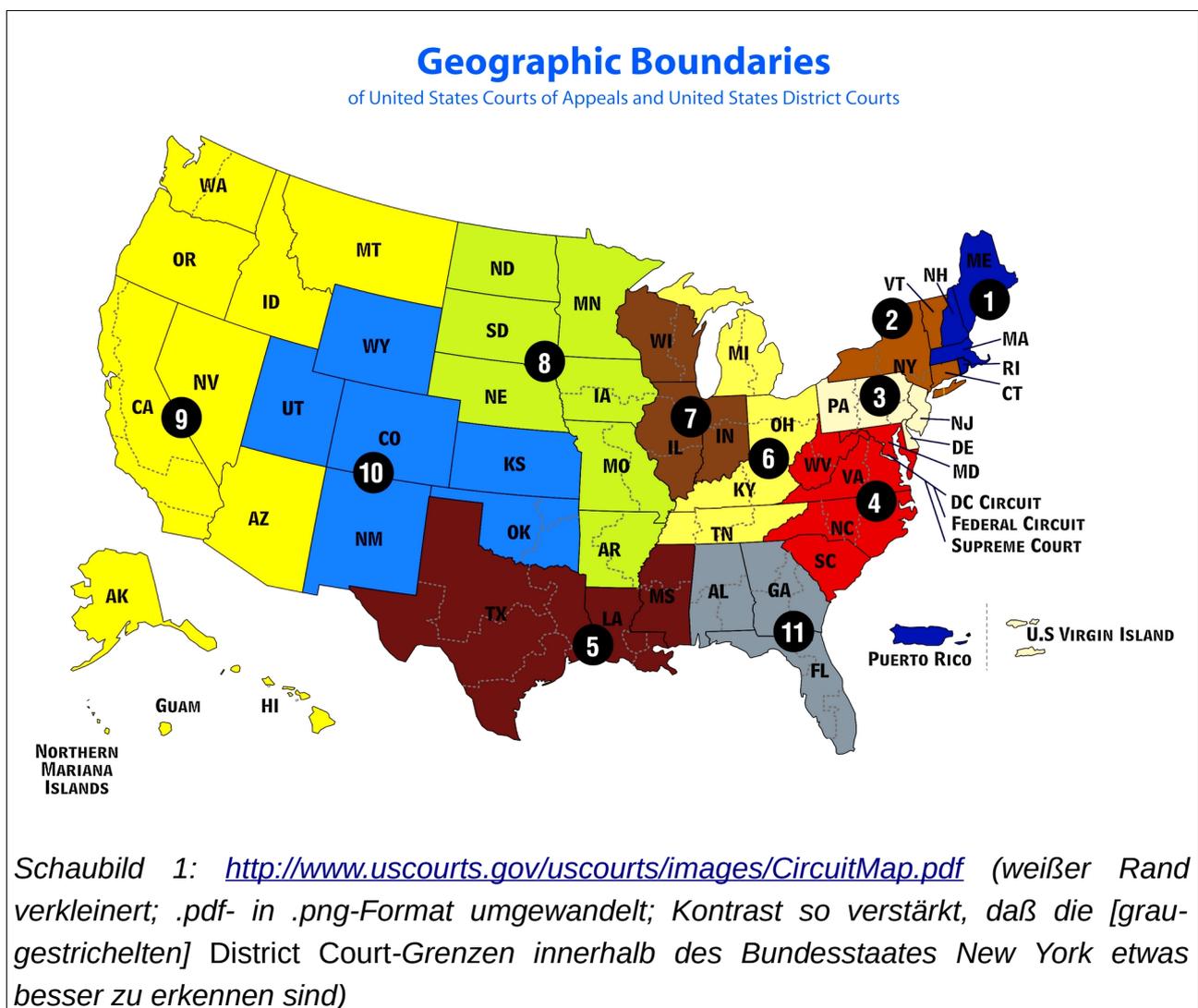
Eine deutlich detailliertere Gliederung nimmt die – auf Rechtsthemen spezialisierte – Website *Lawfare* vor, die *per* Freitag, den 07.03.2025 106 Verfahren erfaßt hat (<https://t1p.de/1n1aq>); davon wurden 16 überhaupt erst nach dem 14.02. eingeleitet

---

<sup>1</sup> ... der *Appeals Courts*; außer dem D.C.-*Appeal Court*, dem nur ein *District Court* untergeordnet ist, sind jedem *Appeal Court* mehrere *District Courts* untergeordnet. In manchen Bundesstaaten – insbesondere den dünn-besiedelten – gibt es nur einen *District Court*; in anderen mehrere. **Siehe Karte auf S. 2.**

(konnten also in der Bloomberg-Aufstellung vom 14.02. noch nicht berücksichtigt sein<sup>2</sup>; bis zum 16.02. hatte *Lawfare* nur 53 Verfahren erfaßt [<https://t1p.de/u6967j>]). *Appeal*- und *Supreme Court*-Verfahren werden von *Lawfare* jeweils *zusätzlich* zu den vorausgegangenen *District Court*-Verfahren in gleicher Sache gezählt.

DOGE ist das *Department Of Government Efficiency*, von dem Trump mehrfach sagte, das es von Elon Musk geleitet werde (<https://t1p.de/c60we>; <https://t1p.de/t2q5b>), während das Justizministerium vor Gericht bestreitet, daß Musk der Leiter sei (z.B.: <https://t1p.de/90x2i>). Wichtig ist das deshalb, weil Musk offiziell nur Teilzeit-Berater des Präsidenten ist, während alle nicht nur untergeordneten *Amtsträger* der Bestätigung durch den Senat bedürfen. Musk ist von Trump dem Senat aber nie als (bedeutender) *Amtsträger* vorgeschlagen und folglich vom Senat auch nicht bestätigt worden. Vgl. zu der Unklarheit von Musks Rolle u.a. <https://t1p.de/lvvr>.



### **Die zwei Verfahren, die bereits den Supreme Court erreicht haben**

Von den Dutzenden von Verfahren haben zwei bereits den *Supreme Court*, das oberste Gericht der drei-stufigen Bundesgerichtsbarkeit der USA, erreicht.

<sup>2</sup> Da 74 + 13 bloß 87 ergibt, müssen also – außer den 16 neuen Verfahren – mindestens weitere (106 - 87 => 19) Verfahren von bloomberg.com übersehen worden sein.

**(1) Dellinger:** Dellinger war bis zum 05.03.2025 „*The Special Counsel of the Office of Special Counsel*“ und damit Leiter einer Behörde, die u.a. für den Schutz von WhistleblowerInnen zuständig ist (<https://t1p.de/f3kmo>). D. war am 07.02. ohne Angabe von Gründen entlassen worden, obwohl einfach-gesetzlich festgelegt ist, daß die InhaberInnen dieses Amtes ausschließlich wegen Ineffizienz, Pflichtverletzung oder einer Straftat abberufen werden dürfen (<https://t1p.de/v9h0w>). Die Trump-Regierung hält die Norm für verfassungswidrig. D. ging vor Gericht; er wurde vom *District Court* im Rahmen von ‚Eil-Eil-Rechtsschutz‘ vorläufig wieder in sein Amt eingesetzt. Dagegen wandte sich die Regierung erfolglos an den *Appeals Court* und den *Supreme Court* (<https://t1p.de/y54ak>). Inzwischen gewährte der *District Court* auch ‚Eil-Rechtsschutz‘ und entschied jedenfalls im wesentlichen auch schon in der Hauptsache (<https://t1p.de/80zgy>). Die Regierung hat danach erfolgreich beim *Appeal Court* beantragt, die Entscheidung des Erstgerichts bis zur Entscheidung über den *appeal* auszusetzen (<https://t1p.de/5cdfq>). Daraufhin erklärte Dellinger, den Rechtsstreit beenden zu wollen (<https://t1p.de/yw7wp>), was aber offiziell noch nicht geschehen ist (<https://t1p.de/elcej> und <https://t1p.de/g98yt>).

**(2) Haushalts-Sperre für „Entwicklungshilfe“:** Gleich am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit hatte US-Präsident Trump angeordnet, „unverzüglich neue Verpflichtungen und Auszahlungen bezüglich Entwicklungshilfe an ausländische Länder und Nicht-Regierungs-Organisationen, internationale Organisationen und VertragspartnerInnen“ bis zu deren Überprüfung außer Vollzug zu setzen (<https://t1p.de/pgxjr>). Die betroffenen NGO erlangten ebenfalls ‚Eil-Eil-Rechtsschutz‘ (<https://t1p.de/js932>). Die Regierung war aber bockig, sodaß der *District Court* die Regierung schließlich dazu verpflichtete bestimmte Zahlungen binnen 36 Stunden zu leisten (<https://t1p.de/vgu76>, S. 86a bzw. 118). Wiederum wandte sich die Regierung an den *Appeals Court* und den *Supreme Court* – wiederum in beiden Fällen erfolglos (<https://t1p.de/vn3am>). # Nun soll die Regierung einen Teilbetrag bis Montag zahlen (<https://t1p.de/l4zbx>); außerdem steht (vermutl. ebenfalls für Montag; vgl. <https://t1p.de/t48mc>) eine Entscheidung des Gerichts über den Antrag an, den ‚Eil-Eil-Rechtsschutz‘ (*Temporary Restraining Order*) zu ‚Eil-Rechtsschutz‘ (*Preliminary Injunction*) aufzuwerten und ausweiten. #

### **Verfahren, die immerhin bereits einen Appeals Court erreicht haben**

Außer den beiden vorgenannten Verfahren haben mindestens acht Verfahren zu vier Themen(komplexen) bereits die *Appeals Court*-Ebene erreicht:

**(3) Staatsangehörigkeit qua Geburt:** Absatz 1 Satz 1 des XIV. Zusatzes zur US-Verfassung bestimmt: „All persons born or naturalized in the United States, and subject to the jurisdiction thereof, are citizens of the United States and of the State wherein they reside.“ Bisher wurde „*subject to the jurisdiction thereof*“ so ausgelegt, daß es dafür auf einen legalen und dauerhaften Aufenthaltsstatus der Eltern nicht ankommt; nach Trump soll das nunmehr anders sein. Dagegen sind mindestens acht Verfahren anhängig, von denen fünf bereits die *Appeal Court*-Ebene erreicht haben; in zwei Verfahren steht die

*District Court*-Entscheidung noch aus; in einem Verfahren hat der *District Court* bereits entschieden, die Regierung aber noch nicht Rechtsmittel eingelegt. Bisher haben alle Gerichte – unabhängig davon, ob es sich um von republikanischen oder demokratischen Präsidenten nominierte RichterInnen handelt, *gegen* die Regierung entschieden. Es handelt sich aber durchweg um vorläufige Entscheidungen. Infos zu den einzelnen Verfahren: <https://t1p.de/3chxd>.

**(4) Harris:** Auch diese Verfahren betrifft eine Entlassung. Dort geht es aber nicht um eine Behördenleiterin, sondern um ein Mitglied eines Kollektivgremiums: Cathy Harris als Mitglied und Vorsitzende des *Merit Systems Protection Board*, eines gerichtsähnlichen Gremiums für den Öffentlichen Dienst in den USA. Sie wurde am 10. Februar entgegen einfachem Gesetzesrecht abberufen. Harris war ähnlich wie Dellinger in erster Instanz erfolgreich (<https://t1p.de/87xe2>); die Regierung hat bisher nur eine *notice of appeal* (<https://t1p.de/5d19k>) eingereicht.

**(5) Wilcox:** Auch diese Verfahren betrifft eine Abberufung einer Vorsitzenden eines Kollektivgremiums, nämlich des *National Labor Relations Board*. Wilcox war in der ersten Instanz erfolgreich (<https://t1p.de/3dl00>). Für das *appeal*-Verfahren (<https://t1p.de/esoqn>) wurde bisher nur die *Notice of Appeal* eingereicht.

**(6) Federal Funding Freeze:** Die vorgenannten „Entwicklungshilfe“-Mittel sind nicht die einzigen gesperrten Mittel. Vielmehr verschickte der *Acting Director* des *Office of Management and Budget* am 27. Januar ein Rundschreiben, in dem es hieß: „Financial assistance should be dedicated to advancing Administration priorities, focusing taxpayer dollars to advance a stronger and safer America, eliminating the financial burden of inflation for citizens, unleashing American energy and manufacturing, ending ‚wokeness‘ and the weaponization of government, promoting efficiency in government, and Making America Healthy Again. The use of Federal resources to advance Marxist equity, transgenderism, and green new deal social engineering policies is a waste of taxpayer dollars that does not improve the day-to-day lives of those we serve. [...]. To implement these orders, each agency must complete a comprehensive analysis of all of their Federal financial assistance programs to identify programs, projects, and activities that may be implicated by any of the President’s executive orders. In the interim, to the extent permissible under applicable law, Federal agencies must temporarily pause all activities related to obligation or disbursement of all Federal financial assistance, and other relevant agency activities that may be implicated by the executive orders, including, but not limited to, financial assistance for foreign aid, nongovernmental organizations, DEI, woke gender ideology, and the green new deal.“ (<https://t1p.de/ahijg>) Die GeneralstaatsanwältInnen/JustizministerInnen von 23 Bundesstaaten erlangten am 31.01. eine *Temporary Restraining Order* (<https://t1p.de/3sdvt>) und am 06.03.2025 eine *Preliminary Injunction* (<https://t1p.de/6x9yw>). In diesem Verfahren beantragten die Bundesstaaten am 28.02. zum zweiten Mal (Gerichtsentscheidung zum ersten Mal: <https://t1p.de/mdt5z>) ein sog. *enforcing*, weil deren Erachtens die Trump-Regierung vorausgegangene Gerichtsentscheidungen teilweise nicht umgesetzt hat

(<https://t1p.de/tjxt0>). Die Regierung sollte bis Freitag, den 07.03. antworten (<https://t1p.de/mv7a9>), machte es aber anscheinend nicht. Durch den Erlaß der *Preliminary Injunction* am 06.03. erübrigte sich dann aber der *enforcing*-Antrag vom 28.02.

**(7) Pacito:** Pacito ist das Pseudonym eines auf der Flucht aus der Demokratischen Republik Kongo Befindlichen. Er und die anderen *plaintiffs* fechten Trumps *Executive Order 14163* vom 20.01.2025 (<https://t1p.de/vc6si>) an. Die Verordnung beansprucht, das „*Refugee Admissions Program*“ der USA umzuorientieren. Dieses ist aber bisher – wenn auch unter Gewährung von präsidentialen Entscheidungsspielräumen – durch Gesetz geregelt (<https://t1p.de/wjdas>, S. 3; <https://t1p.de/w9lx8>; <https://t1p.de/kifb2>). Am 25./28.02.2025 erließ der *District Court* für den *Western District* des Bundesstaates Washington eine *Preliminary Injunction*, mit der den *Defendants* (Beklagten/AntragsgegnerInnen) – mit Ausnahme von Trump persönlich – vorerst untersagt wird, bestimmte Teile der Exekutivverordnung anzuwenden (<https://t1p.de/wjdas>, S. 61). Die Trump-Regierung hat danach ihrerseits beim neunten *Appeals Court* beantragt, die Entscheidung des Erstgerichts vorläufig außer Vollzug zu setzen (*stay*) (<https://t1p.de/hbjkx>).

### ***Einige der Verfahren, die weiterhin nur vor dem Erstgericht anhängig sind***

**(8) AP:** Eine weitere Verordnung vom ersten Tag Trumps zweiter Amtszeit bestimmt, daß die US-Regierung den Golf von Mexiko in Zukunft „*Gulf of [the United States of] America*“ nennt (<https://t1p.de/7k6d3>). Weil sich die Nachrichtenagentur AP den Regierungssprachgebrauch nicht zu eigen machte, schränkte die Regierung die Berichterstattungsmöglichkeiten von AP ein. AP sieht durch diese Koppelung von Berichterstattungsmöglichkeiten und Auflagen für Berichterstattungsinhalte ihre Redefreiheit (I. Verfassungszusatz) und Verfahrensrechte aus dem V. Verfassungszusatz als verletzt an. Der zuständige Richter ließ zwar Skepsis gegenüber dem Vorgehen der Regierung erkennen, gewährte AP aber keinen ‚Eil-Eil-Rechtsschutz‘ (*Temporary Restraining Order*); die Entscheidung über den – als nächsten Schritt beantragten – ‚Eil-Rechtsschutz‘ (*Preliminary Injunction*) – und erst recht die Hauptsache – steht weiterhin aus (<https://t1p.de/lhrtv>).

**(9) DOGE:** Von den zahlreichen DOGE-Verfahren sei hier nur eines erwähnt – das wegen *Treasury Department payment records*. Das ist das Verfahren, das – nachdem das Gericht eine *Temporary Restraining Order* gegen die Regierung erlassen hatten (<https://t1p.de/es6jy>) – zu der Äußerung von Vize-Präsident Vance, „*judges aren't allowed to control the executive's legitimate power*“ (<https://t1p.de/8yvpd>), führte, die Anfang Februar für einiges Aufsehen sorgte. Inzwischen hat das Gericht die TRO zu einer *Preliminary Injunction* erweitert (<https://t1p.de/ci8pt>).

**(10) Doctors for America:** Eine weitere am ersten Tag seiner zweiten Amtszeit von Trump erlassene *Executive Order* trägt den Titel „*Defending Women from Gender Ideology Extremism and Restoring Biological Truth to the Federal Government*“

(<https://t1p.de/zcs1g>). In Folge dieser Verordnung wurden verschiedene Webseiten und Datensätze aus dem Netz genommen. Absichtlich oder kollateral waren auch Themen wie „Risikoverhalten von Jugendlichen, Gesundheit von Jugendlichen und [an] Schulen, soziale Verletzlichkeit und Umweltgerechtigkeit, HIV, Empfängnisverhütung, assistierte Reproduktionstechnologien und die Entwicklung klinischer Studien, einschließlich der besseren Einbeziehung von Frauen und unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen“ betroffen. Darin, daß die Entfernung der Webseiten und Datensätzen ohne vorherige Ankündigung erfolgte, sehen die *Plaintiffs* (KlägerInnen/AntragstellerInnen; außer den *Doctors for America* auch noch Stadt und *County San Francisco*) und das Gericht (<https://t1p.de/crivo>) (letzteres: zumindest vorläufig) eine Verletzung des *Administrative Procedure Act* [konkret von 44 U.S.C. § 3506 (d) (3) (<https://t1p.de/fnz0w>)]. Obwohl das Gericht der Regierung keine dauerhaften Vorschriften über den Inhalt ihrer Informationspolitik macht, sondern bloß die Einhaltung einer Frist verlangt, forderte Elon Musk am 12. Februar: „*This evil judge must be fired!*“ (<https://t1p.de/wtbor>)

Die *Plaintiffs* hätten bis Freitag, den 07.03. die Erweiterung der Temporary Restraining Order (‘Eil-Eil-Rechtsschutz’) vom 25.02. zu einer *Preliminary Injunction* (‘Eil-Rechtsschutz’) beantragen sollen (<https://t1p.de/tcag9>). Am Freitag modifizierte das Gericht den Zeitplan – auf übereinstimmenden Antrag der Parteien – aber wie folgt: „plaintiffs shall file any joint motion for preliminary injunction and summary judgment by not later than March 11, 2025; defendants shall file any response, including their own dispositive motion, by not later than March 24, 2025; plaintiffs shall file any reply and/or response to defendants' motion by not later than April 3, 2025; defendants shall file any reply to their own motion by not later than April 14, 2025; and defendants' status report remains due by not later than March 21, 2025.“

**(11) AFL-CIO v. OPM:** Es gibt mindestens sieben Verfahren mit Beteiligung des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO bzw. von Einzelgewerkschaften desselben, insb. der *American Federation of Government Employees* (<https://t1p.de/bdy87> [Gegenseite u.a. <G.>: *Department of Labor*], <https://t1p.de/k6nrh> [G.: Trump], <https://t1p.de/gbiwq> [G.: Trump], <https://t1p.de/g9dx0> [G.: OPM], <https://t1p.de/8f42x> [G.: OPM]), <https://t1p.de/linkh> [G.: *Social Security Administration*] und <https://t1p.de/5v80o> [G.: OPM]). Das OPM ist das *Office of Personnel Management*).

Im letztgenannten Verfahren geht es um die weitgehende Entlassung von Probezeit-Beschäftigten im Öffentlichen Dienst auf Unions-Ebene. Zu den Gewerkschaften kamen am 23.02. als *Plaintiffs* fünf NGO hinzu. Dies erwies sich vorläufig als entscheidend, denn am 27.<sup>3</sup>/28.02.2025 entschied das angerufene Gericht, der *District Court* für den *Northern District of California*, daß es für die Rechtsschutzanträge der Gewerkschaften vermutlich nicht zuständig ist. In diesem Sinne hatten die Gerichte zuvor auch schon in dem zweiten und vierten der vorgenannten Verfahren entschieden (<https://t1p.de/g4xfb>, S. 11 oben). Zugunsten der verbleibenden NGO entschied das Gericht, daß die fraglichen „efforts by OPM to direct the termination of employees at NPS, BLM, VA, DOD, SBA, and FWS<sup>4</sup> are

3 Vgl. <https://t1p.de/7jeo4>.

4 NPS = *National Park Service*, BLM = *Bureau of Land Management*, VA = *Veterans' Administration*, DOD = *Department of Defense*, SBA = *Small Business Administration* und FWS = *Fish and Wildlife Service*.



(11) AFL-CIO		7	---	---
(12) DNC		1	---	---
(13) DOGE ( <i>New Mexico v. Musk</i> )		1	---	---
<b>Summe</b>	<b>40</b>	26	12	2

[\*] Anmerkungen:

- Zum Stichwort „DGOE“ verzeichnet *Lawfare* insgesamt 23 Verfahren;
- zum Stichwort „*Federal Funding Freeze*“ insgesamt 5 Verfahren – außer dem o.g. (*District-* und *Appeals Court-*)Verfahren also drei (<https://t1p.de/hw1qu> [*National Council of Nonprofits*], <https://t1p.de/1cbzm> [*Amica Center for Immigrant Rights*] und <https://t1p.de/tittc> [*Governor Shapiro*]) weitere Verfahren.